

Standesangelegenheiten.

Die strafrechtliche Natur der ärztlichen Behandlung.

Von Professor jur. Karl Stooss in Wien.

Unter den Juristen ist es streitig, ob der Operateur, der in den Körper des Patienten einschneidet, und der innere Mediciner, der dem Kranken durch seine Arzneien Schmerz oder Unbehagen verursacht, eine Körperverletzung ausführe oder ob die ärztliche Behandlung keine Körperverletzung im Sinne des Strafgesetzes sei.¹⁾ Der Streit scheint ziemlich unpraktisch zu sein. Allein einige Rechtsfälle, die allgemeines Aufsehen erregt haben, zeigen, dass es sich um eine Frage handelt, die für den Arzt sehr wichtig werden kann.

Ist der operative Eingriff eine Körperverletzung im Sinne des Strafgesetzes, so hat sie der Chirurg vorsätzlich vorgenommen, und er ist wegen vorsätzlicher Körperverletzung strafbar, wenn ihm nicht ein besonderer Rechtsgrund zu diesem Eingriff berechtigt hat. Wenn angenommen würde, dieser Rechtsgrund liege vor, sobald der Eingriff den Umständen nach indicirt war oder rathlich erschien, so würde der Arzt keine Gefahr laufen, wegen vorsätzlicher Körperverletzung bestraft zu werden. Allein das Deutsche Reichsgericht oder wenigstens ein Strafsenat des Deutschen Reichsgerichts nimmt an, die operative Verwundung sei nur dann nicht strafbare vorsätzliche Körperverletzung, wenn der Patient in die Operation eingewilligt habe oder es ihm nicht möglich gewesen sei, die Einwilligung seines Patienten oder seines Gwalt habers einzuholen. Es ist zwar gewiss eine Pflicht des Arztes, nicht ohne Zustimmung des Patienten zu operiren. Aber wenn der Arzt diese Pflicht verletzt und eine Operation, die nothwendig war, kunstgerecht, aber eigenmächtig ausführt, so kann ihm doch nur vorgeworfen werden, dass er die persönliche Freiheit des Patienten missachtet habe, aber er verdient nicht den Vorwurf, er habe den Kranken, den er vollkommen sachgemäss behandelte und den er geheilt hat, vorsätzlich an der Gesundheit geschädigt oder misshandelt. Der Mediciner findet vielleicht, das sei eine begriffliche, juristische Unterscheidung von geringem praktischem Werthe; das ist jedoch ein gewaltiger Irrthum. Besteht die Operation zum Beispiel in einer Amputation und hat der Chirurg einem Patienten ohne dessen Zustimmung ein Bein abgenommen, etwa weil er fürchtete, der Zustand des Patienten würde sich unter dem Einfluss der ärztlichen Mittheilung verschlimmern, so muss der Arzt mit zwei bis zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden, wenn die Amputation als eine vorsätzliche Körperverletzung anzusehen ist. Denn der Patient hat durch die Operation ein wichtiges Glied des Körpers verloren, und diese Folge²⁾ war von dem Operateur beabsichtigt. Die Einwendung, der Eingriff sei aber doch vernünftig, zweckmässig und erfolgreich gewesen, wird von dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts nicht beachtet. Als Vertheidiger des Arztes würde ich allerdings geltend machen, der Patient habe das Bein nicht durch die Operation verloren, es sei ihm nicht ein gesundes Bein abgenommen worden, sondern ein Bein, das der Zerstörung verfallen war. Allein ich fürchte, die Vertheidigung würde nicht begründet erachtet werden, weil der Operateur das Bein eben doch mit dem Messer abgelöst hat.

Würde dagegen angenommen, der Chirurg habe nicht die Gesundheit, sondern die persönliche Freiheit des Patienten angetastet, was meines Erachtens unzweifelhaft richtig ist, so wäre der Arzt nach der geltenden Deutschen Strafgesetzgebung nicht strafbar.

Die eine Ansicht (die Operation sei vorsätzliche Körperverletzung), hat also zur Folge, dass der Arzt zu mindestens zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt wird, die andere Ansicht (eigenmächtiges Operiren sei ein Eingriff in die Freiheit des Patienten) begründet seine Freisprechung.

Gewiss werden diese Mittheilungen in ärztlichen Kreisen Zweifeln begegnen. Es ist ja nicht möglich, dass ein Arzt wegen einer Ampu-

¹⁾ Das Nähere habe ich in meiner Schrift „Chirurgische Operation und ärztliche Behandlung“ (Berlin 1898) und neuestens in der Deutschen Juristenzeitung ausgeführt.

²⁾ Reichsstrafgesetzbuch § 225: „War eine der vorbezeichneten Folgen beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren zu erkennen.“

tation, die er zwar eigenmächtig, aber nach Indication und kunstgerecht ausführte, ins Zuchthaus kommen kann! Allein das Deutsche Reichsgericht hat gefunden, der Arzt, der eine zweckmässige Resection an einem tuberkulösen Kinde, trotz des Einspruchs des Vaters, vornahm und das Kind dadurch vor Siechthum und wahrscheinlich vor dem Tode bewahrte, habe eine vorsätzliche Körperverletzung verübt. Das Landgericht Hamburg war an diese Auffassung des Reichsgerichts gebunden. Demgemäss war zu erwarten, dass es den Arzt wegen schwerer vorsätzlicher Körperverletzung zu mindestens zwei Jahren Zuchthaus verurtheilen werde. Das Landgericht Hamburg, das die Ansicht des Reichsgerichts nicht theilte, fügte sich dessen Anschauung, aber es fand einen Ausweg; es fand nämlich, der Arzt habe nicht mit dem Bewusstsein der Rechtswidrigkeit gehandelt. Wäre das Reichsgericht berufen gewesen, selbst in der Sache zu entscheiden, so hätte es den Arzt auf Grund seiner Rechtsanschauung zu mindestens zwei Jahren Zuchthaus verurtheilen müssen.

Wäre Dr. Ihle, wie das Oberlandesgericht Dresden es für richtig erachtete, strafrechtlich verfolgt worden, so hätte sich ein analoger Fall ergeben. Denn die Frau, die Dr. Ihle operirte, hat die Zeugungsfähigkeit (Gebärfähigkeit) verloren. Freilich ist es sehr fraglich, ob sie diese Fähigkeit nicht schon vor der Operation verloren hatte. Hätte Dr. Ihle die Frau absichtlich, wenn auch medicinisch durchaus angemessener Weise, ohne ihre Zustimmung steril gemacht, so hätte Dr. Ihle nach der Auffassung des Reichsgerichts eine schwere vorsätzliche Körperverletzung verübt, die mit Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren zu bestrafen ist.

Der Arzt, der einen Patienten wider seinen Willen oder ohne seinen Willen operirt, sollte, wenn nicht Gefahr im Verzuge war, wegen dieses Eingriffs in die Freiheit des Patienten angemessen bestraft werden, aber selbstverständlich nicht mit Zuchthaus. Gerade weil eine solche Bestimmung im Deutschen Strafrecht fehlt und weil die Eigenmacht des Arztes strafwürdig erscheint sind die deutschen Gerichte darauf verfallen, die wider Willen oder ohne Zustimmung des Patienten ausgeführte Operation als vorsätzliche Körperverletzung aufzufassen, nach der Regel: Strafe muss sein.

Diese Auffassung führt übrigens zu merkwürdigen Consequenzen. Ein Arzt, der aus Gründen, die das Gericht nicht gelten lassen will, eigenmächtig eine nothwendige Operation erfolgreich ausführt, wird wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurtheilt. Ein Arzt, der den Patienten mit seiner Zustimmung, aber ohne Indication oder unter Vernachlässigung der primitivsten Sorgfalt operirt, kann nur wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft werden.

Meines Erachtens führt der Arzt (und auch der Laie), der ärztlich behandelt, niemals eine vorsätzliche Körperverletzung aus; denn er hat nicht nur nicht die Absicht, sondern auch nicht das Bewusstsein, den Patienten an der Gesundheit zu schädigen oder zu misshandeln; er hat vielmehr die Absicht, den Patienten nicht zu schädigen. Er bethätigt seinen Vorsatz, eine Person ärztlich zu behandeln, durch Handlungen, die ihrer Natur nach geeignet und bestimmt sind, günstig auf die Gesundheit von Menschen einzuwirken. Er setzt dabei thatsächlich voraus, dass der Zustand des Patienten, den er untersucht hat, diese Behandlung erfordere.

Schädigt der Arzt den Patienten durch seine Behandlung, so hat er ihn nicht vorsätzlich geschädigt; was er übles verursacht hat, ist nicht nur ohne seinen Willen, sondern wider seinen Willen eingetreten. Die Operationswunde hat er allerdings vorsätzlich verursacht, aber das ist ein Nachtheil, der sich bei Operationen nicht vermeiden lässt und der nicht als eine Gesundheitsschädigung angesehen werden darf, sonst wäre auch die Oeffnung eines Abscesses und das Ausschneiden eines Geschwüres eine Gesundheitsschädigung.

Dagegen haftet der behandelnde Arzt, wie jedermann, für Fahrlässigkeit. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit.

Eigenthümlich ist aber folgendes. Wenn es richtig wäre, dass der Chirurg, der ohne Einwilligung des Patienten operirt, eine vorsätzliche Körperverletzung verübt, so würde der Chirurg, der eigenmächtig und fehlerhaft operirt, damit sowohl eine vorsätzliche als eine fahrlässige Körperverletzung begangen haben. Dass jemand durch eine und dieselbe Handlung, an derselben Person, eine und dasselbe Delikt gleichzeitig und in vollem Umfange vorsätzlich und fahrlässig begehen kann, war bisher unbekannt. Die Lösung des Räthselns ist sehr einfach. Es liegt ein vorsätzlicher Eingriff in die persönliche Freiheit und eine fahrlässige Körperverletzung vor.

Wenn die ärztliche Behandlung keine vorsätzliche Körperverletzung ist, so können dagegen ärztliche Handlungen, die nicht die Natur ärztlicher Behandlung haben, sehr wohl vorsätzliche Körperverletzungen sein. Wer Handlungen vornimmt, die, wie er weiss, nicht durch den Zustand einer Person erfordert werden, wer also an einer Person Versuche zu wissenschaftlichen Zwecken vornimmt und sie dadurch wissentlich an der Gesundheit schädigt oder misshandelt, verübt vorsätzliche Körperverletzungen. Er verursacht das, was er will, und das, was er will, schädigt die Gesundheit einer Person. Die Berufung auf den menschenfreundlichen oder wissenschaftlichen Zweck der Handlung entschuldigt den Thäter nicht. Es ist niemand verpflichtet, für die Wissenschaft oder für die leidende Menschheit seine

Gesundheit aufzuopfern; ja ich meine, der Forscher sei strafbar, auch wenn er sich der Zustimmung der Person versichert hat. An sich selbst und mit gewissen Einschränkungen an Thieren darf der Forscher experimentiren; aber die Nebenmenschen sind kein Versuchsmaterial. Es ist zeitgemäss, das in einem medicinischen Blatte mit aller Entschiedenheit auszusprechen, denn es scheint, dass das Rechtsbewusstsein medicinischer Forscher mit dem Rechtsbewusstsein des Volkes und des Gesetzgebers nicht überall übereinstimmt. Zu meiner Freude nimmt Dr. Schwalbe in seinen „Redactionellen Bemerkungen zu Herrn Bignami's Erwiderungen“ (S. 184) einen ähnlichen Standpunkt ein.

Ich fasse das Ergebniss dieser kleinen Untersuchung in zwei Sätze zusammen:

1. Wer ärztlich behandelt, begeht damit keine vorsätzliche Körperverletzung.¹⁾

2. Wer einen Menschen zu wissenschaftlichem Zwecke wissentlich an der Gesundheit schädigt oder misshandelt, ist wegen vorsätzlicher Körperverletzung strafbar.